

Eine Politik, die ihren Eigenbeitrag auf Maßhalteappelle in Sachen Ernährung und Vermehrung beschränkt und sich ansonsten darauf verlegt, den alten und neuen Reichen der Welt Buße zu predigen und Almosen oder Wohlstandssteuer abzufordern, ist nicht nur schlecht, sondern auch illusionär.

Henrich v. Nussbaum

Geburtenregelung

Das Thema Geburtenregelung scheint in die Vorweihnachtszeit nicht zu passen. Denn Weihnachten ist nicht nur — in einem durchaus religiös-theologischen Sinne — das Fest des Kindes, sondern Fest der Weltzuwendung und der Lebensbejahung schlechthin. Ist es doch nichts anderes und geringeres als die kirchliche Manifestation unserer glaubenden Erinnerung an die Menschwerdung, in der Gott selbst in das Leben dieser Welt eintritt und sein unbedingtes Ja zu diesem Leben spricht. Demgegenüber muten Hinweise auf die Möglichkeit, vielleicht sogar Notwendigkeit der Begrenzung der Chancen auf Menschwerdung im Blick auf den christlichen Inkarnationsglauben wenn schon nicht wie ein Sakrileg an, so doch wie eine Absage an die volle Ergreifung der Lebensmöglichkeiten, wie morbider Zweifel an der inneren Sinnhaftigkeit dieses Lebens.

Eine Rüge des Papstes

Folgt man beispielsweise den Ausführungen von *Henri de Riedmatten* (im „Osservatore Romano“ von 17./18. August) aus Anlaß der *Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest*, dann „widerspricht es dem Gesetz des Lebens selbst“, wollte man angesichts der Schere, die sich hauptsächlich im Gefolge des medizinischen Fortschritts und der besseren Möglichkeiten der Lebensverlängerung (auch in Entwicklungsländern) zwischen Sterblichkeits- und Geburtenrate auftut, nach dem Grundsatz verfahren: auf der einen Seite (Verkleinerung der Geburtenrate) kompensieren, was auf der anderen Seite (Verringerung der Sterblichkeitsrate durch Lebensverlängerung) gewonnen ist; denn das würde bedeuten, daß die „Verlängerung der Lebenshoffnung“ zu einer Reduzierung des „Geschenks des Lebens“ führen müßte, und dies gehe nicht an. Aber inkarnatorisches Christentum als Realisierung des

Glaubens an die Menschwerdung bedeutet auch: nicht Lebensgestaltung nach abstrakten Prinzipien, sondern Durchdringung der Lebenswirklichkeit, wie sie sich konkret darstellt. Und zu den Komponenten unserer Weltwirklichkeit gehört nun einmal auch ein eklatantes Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Bevölkerungszahl, der Verfügbarkeit an Nahrungsmitteln (wie immer die Nichtverfügbarkeit verursacht ist durch Fehlen an Vorrat oder durch „sonderbare Handelsbedingungen“ oder was immer) und der Möglichkeit insgesamt, in allen Regionen der Erde bei gleichbleibender oder noch steigender Geburtenrate in überschaubaren Zeiträumen Lebensbedingungen zu schaffen, die das Leben nicht nur verlängern und zahlenmäßig vermehren, sondern auch menschenwürdiger machen.

Anlaß, sich im zu Ende gehenden Jahr dieser Frage nochmals zuzuwenden, ist genug. Denn das Jahr 1974 sollte ja im Sinne der Proklamation der Vereinten Nationen ein *Weltbevölkerungsjahr* sein, und zwei der vier großen internationalen Konferenzen der Vereinten Nationen dieses Jahres waren diesem Problemfeld gewidmet. Die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest (vgl. HK, Oktober 1974, 507 ff.) war wenigstens nach ihrer ursprünglichen Zielsetzung ganz dem Thema Bevölkerungsentwicklung gewidmet, auf der *Welternährungskonferenz* vom 5. bis 16. November in Rom (vgl. ds. Heft, S. 605) gehörte die Frage nach dem Bevölkerungswachstum und der Möglichkeit bzw. Notwendigkeit einer planvollen Regelung der Geburten bzw. exakter des generativen Verhaltens durch verantwortete Elternschaft zu den ständigen Begleitthemen. Wenn solche Mammutkonferenzen mit ihrem politischen Tauziehen auch kaum wirksame Impulse zu geben vermögen, die politisch, wirtschaftlich und kulturell im konkreten Lebensraum einer Population, in den Slums lateinamerikanischer Großstädte oder in den Hungergebieten Indiens oder der Sahelzone, durchschlagen, so

geben sie doch Auskunft über den internationalen Meinungsstand der Fragen, die sie behandeln. Und in der Tat, sowohl der Konferenzverlauf in Bukarest wie in Rom und die die Konferenzen begleitende Publizistik zeigten, daß sich in der Weltmeinung zur Frage der Geburtenregelung einiges geändert hat oder die Meinungsgewichte sich verlagern.

Nicht minder Anlaß dazu gibt die provozierende Anklage *Pauls VI.* bei der Audienz für die Teilnehmer der Welt-ernährungskonferenz (wir hoffen den Wortlaut — vgl. „Osservatore Romano“, 10. 11. 74 — in unserem nächsten Heft dokumentieren zu können): „Es darf nicht zugelassen werden, daß diejenigen, die die Kontrolle über die Güter und Ressourcen der Menschheit ausüben, das Problem des Hungers dadurch zu lösen versuchen, daß sie den Armen verbieten, zur Welt zu kommen, oder indem sie die Kinder, deren Eltern nicht in den Rahmen theoretischer, auf reinen Hypothesen fußenden Plänen über die Zukunft der Menschheit passen, Hungers sterben lassen. Früher, zu Zeiten, von denen wir hoffen, daß sie vorbei sind, haben Völker Kriege geführt, um sich in den Besitz der Reichtümer ihrer Nachbarn zu bringen. Aber ist es nicht eine neue Form von Krieg, wenn Nationen eine Politik der Bevölkerungsbeschränkung auferlegt wird, damit sie nicht den ihnen zustehenden Teil an den Gütern der Erde für sich reklamieren?“

Das Problem wird heute nüchterner gesehen

Man kann Verständnis haben für diese scharfe Rüge. Sie gilt wohl in erster Linie jenen, die immer noch mit politischem Druck Völkern mit großem Geburtenüberschuß ohne Rücksicht auf die individuelle und soziale Würde der Betroffenen und ohne Unterscheidung von Wegen und Mitteln (kollektive Sterilisierung, Abtreibung) zur Senkung ihrer Geburtenrate zwingen möchten. Man kann auch Verständnis haben für den darin enthaltenen massiven Vorwurf an die Industrienationen, am wirtschaftlichen Ungleichgewicht der Welt durch Beherrschung des Welthandels und durch einseitige (privilegierte) Nutzung von Rohstoffquellen mitschuldig zu sein. Doch bleibt die Frage, ob in dieser Zuspitzung das Thema Geburtenregelung (insgesamt und speziell im Blick auf die Entwicklungsländer) unter allen Gesichtspunkten richtig akzentuiert ist oder ob hier ein Thema vornehmlich politisch dargestellt wird, das ethisch eigentlich erst aufzuarbeiten ist. Diese Frage stellt sich nicht zuletzt auf dem Hintergrund der vorhin erwähnten Veränderung der Meinungsgewichte in den internationalen Gremien, bei Politikern wie bei Fachleuten. Denn wenn das Weltbevölkerungsjahr, in den offiziellen Veranstaltungen wie in einer Vielzahl von Publikationen, etwas gezeigt hat, dann dies, daß man wenigstens unter einem Großteil der Experten und auch bei politischen Instanzen die Frage der Begrenzung des Bevölkerungswachstums und deren Be-

deutung als *Voraussetzung* für die Hebung von Entwicklungschancen und Lebensstandard nüchterner einzuschätzen gelernt hat.

Gewiß fehlt es nicht an Bevölkerungsexperten, Verhaltensforschern und Zukunftsvisionären, die der Meinung sind, die Erhaltung und Vermehrung des wirtschaftlichen Wohlstandes, die Beseitigung von Hunger und Unterentwicklung hänge vornehmlich, wenn nicht ausschließlich von einer drastischen Geburtenreduzierung ab. Die Verringerung der Geburten sei, wenn schon nicht *der* Entwicklungsfaktor, so wenigstens Entwicklungsfaktor Nr. 1. Es ist auch nach wie vor kein Mangel an Neo- oder Spätmalthusianern, die das Problem rein quantitativ angehen, an Zukunftsforschern, die, wie manche Mitglieder des Club of Rome, ihre Globalentwürfe auch schon für Realität halten und genau zu wissen scheinen, wie sich unter der Voraussetzung etwa, daß die Geburtenrate global von 2,7 auf 2 Prozent gesenkt werde, im Jahre 2000 die Existenzmöglichkeiten auf unserem Planeten aussehen werden, als ob die menschliche Zukunft eine durch technologische, demographische und soziale Daten berechenbare Formel wäre. Und es gibt auch heute noch Politiker — sicher nicht nur in den Vereinigten Staaten —, die den Bevölkerungsüberschuß in Entwicklungs- und Elendsgebieten am liebsten durch zwangsweise Verabreichung sterilisierender Mittel an ganze Populationen beseitigen oder wenigstens Entwicklungsprogramme an die Durchführung wirksamer Geburtenregelungsprogramme binden möchten. Die amerikanische Delegation in Bukarest hatte noch reichlich Mühe, von ihrem Konzept einer Koppelung von Entwicklungshilfeleistungen und Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer zur Senkung der Geburtenzahlen wegzukommen (vgl. *America*, 2. 11. 74).

Insgesamt aber haben sich die Tendenzen gewandelt, und gerade die Weltbevölkerungskonferenz erwies sich als ein Barometer für diesen Wandel. Man ist, aufgeklärt durch genauere Daten, auch in der Öffentlichkeit bereiter, Unterentwicklung und Bevölkerungsüberschuß nicht einfach gleichzusetzen und beispielsweise so simple Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, daß es eine Reihe von Entwicklungsländern gibt, die keineswegs an Überbevölkerung leiden, und daß vieles, was (wie etwa in Ballungsgebieten der Dritten Welt) nach Überbevölkerung aussieht, das Ergebnis einer katastrophalen Konstellation von Unterbeschäftigung, Landflucht, sozio-ökonomischen Mangelstrukturen, Fehlen an Bildungsantrieben und unmenschlichen Siedungsverhältnissen ist. Man ist auch immer mehr geneigt, Geburtenbeschränkung als einen der vielen Entwicklungsfaktoren anzusehen, der, wenn er seinen Teil zur Entwicklung beitragen soll, nicht isoliert werden darf. Der eine Satz aus „*Humanae vitae*“, den jüngst auch Kardinal *Döpfner* in seiner Grundsatzerklärung über „Die Zukunft der Menschheit und die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben“ zitiert hat (vgl. *HK*, November 1974, 573), das Bevölkerungsproblem müsse durch eine vorausschauende Familienpolitik, durch mehr Einsatz an

menschlichen Energien und Sachmitteln und durch eine bessere internationale Verteilungspolitik gelöst werden, wird inzwischen wohl wenigstens soweit akzeptiert, als man nicht zuletzt an Hand von Erfahrungen mit *gescheiterten Geburtenregelungsprogrammen*, die ohne genügende Beachtung des sozialen Kontextes durchgeführt wurden, zur Überzeugung kam, eine gewisse Realisierung von Entwicklung (ausreichende Gesundheitsdienste, Alphabetisierung, Altersversorgung, damit sich das Motiv, möglichst viel Kinder seien notwendig für die eigene Existenzsicherung, entschärft) sei Voraussetzung für eine nur langsam und stufenweise wirksame Bevölkerungspolitik.

Wenn nach Bukarest gerade auch ein deutscher Teilnehmer (der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Uwe Holtz*) feststellte, Entwicklung helfe den Menschen der Dritten Welt viel mehr als Pille und Pessar (vgl. Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 46, S. 44), so zeichnet sich darin gerade die Umkehr der vom Papst gerügten Haltung ab. Und wenn nicht alles täuscht, so entwickelt sich, wenn auch unter dem psychologischen Druck des Aufbegehrens der Entwicklungsländer gegen westliche Bevormundung, auch mehr „Feingefühl“ bei der Propagierung und Anwendung von Geburtenregelungsprogrammen. Verordnete Programme sind politisch nicht mehr zu realisieren; sie scheitern schon am Selbstbewußtsein derer, denen sie zgedacht sind, bzw. am politischen Prestige der Regierungen von Dritte-Welt-Ländern. Nichts konnte dies besser veranschaulichen als die Akribie, mit der Dritte-Welt-Länder in Bukarest darangingen, alles, was nach übernationaler Zusammenarbeit und Abhängigkeit in Fragen der Bevölkerungspolitik aussah, aus dem „Aktionsplan“ zu eliminieren (vgl. HK, Oktober 1974, 508) und totale nationale Eigenständigkeit durchzusetzen. Und sie hatten dabei durchaus Erfolg. Man ist dort volens, hier nolens bereiter, die eigenen Vorstellungen von Geburtenplanung in ein Entwicklungskonzept einzuordnen, in dem die Reduzierung der Geburtenzahl nicht die Voraussetzung, sondern Begleitfolge von Entwicklung ist.

Natalistische Grundhaltung noch nicht überwunden?

Setzt sich dieser Wandel weg von pauschalen Berechnungen und Programmen auch erst langsam durch, so ist es ebenso verfehlt, auf gegenteilige und ebenso hypothetische Prognosen zu verfallen, beispielsweise auf jene zu bauen, die vorrechnen, global gesehen, bestehe kein Anlaß, für die Zukunft der Menschheit wegen Überbevölkerung der Erde zu fürchten, die Anwendung neuer Technologien, z. B. Wüstenbewässerung durch Entsalzung des Meerwassers schaffe so viel kultivierbaren Boden, daß ungeachtet der heutigen Ernährungsprobleme bis zu 36 Milliarden Menschen ernährt werden können. Ernährt werden heißt ja noch nicht menschenwürdig leben, und technologische Entwicklungsprozesse sind mit ihren kulturellen Implikationen auch heute nicht berechenbar.

In kirchlichen Stellungnahmen und Publikationen werden solche Hinweise aber mit einer gewissen Vorliebe gegeben. Sie sollen Optimismus schaffen. Dieser Optimismus wird aber motiviert durch eine Voraussetzung, deren Stichhaltigkeit man mit Fug bezweifeln kann. Ist das Leben der größtmöglichen Zahl in sich ein anthropologisch, ethisch und theologisch begründbares und deshalb bevölkerungspolitisch erstrebenswertes Ziel? Der eingangs zitierte Hinweis von Henri de Riedmatten — einstiger Sekretär der päpstlichen Kommission für Familienfragen und Geburtenregelung (sie sollte die Entscheidung, die dann mit „*Humanae vitae*“ fiel, vorbereiten) und führendes Mitglied der vatikanischen Delegation in Bukarest —, man dürfe wegen der Verlängerung der Lebenserwartung nicht die Chancen, zum Leben zu kommen, verringern, zeigt eine *natalistische Grundhaltung*, die man auch in anderen päpstlichen Verlautbarungen vor und nach „*Humanae vitae*“ findet. Ein Wort von Johannes XXIII.: „In weltweitem Maßstab gesehen, dürfte das Verhältnis von Bevölkerungszahl und Versorgungsmöglichkeiten weder jetzt noch in absehbarer Zukunft zu ernstlichen Schwierigkeiten führen“ (Mater et magistra 188), wurde zwar unseres Wissens in der Weise nie wiederholt, aber jenes andere Wort, das der wirklichen Situation in überbevölkerten Gebieten mit unterentwickelter Wirtschaft (als Alternative) genausowenig nahekommt, man müsse das Brot mehren und dürfe nicht die Zahl der Tischgenossen verringern, kehrt im Pontifikat Pauls VI. in verschiedenen Variationen wieder.

Es wäre eine Aufgabe von Moraltheologen und Sozialethikern, diese natalistische Grundhaltung, die kaum besser verantwortet werden kann als eine global antinatalistische, in ihrer Bedeutung für das kirchliche Verständnis von menschlicher Fortpflanzung einmal gründlich zu untersuchen. In verschiedenen vatikanischen Äußerungen zum Weltbevölkerungsjahr ist eine solche Haltung festzustellen. Wäre dies die Gesamtorientierung des päpstlichen und kirchlichen Lehramtes, dann bahnte sich damit eine Fortschreibung von „*Humanae vitae*“ an, die es der Kirche noch schwerer machen würde, in Fragen der Abtreibung plausibel zu argumentieren. Je mehr Geburtenregelung insgesamt verdächtigt wird, um so mehr begibt man sich der Möglichkeit, den Wesensunterschied zwischen Vernichtung von (ungeborenem) Leben und Verhinderung des Entstehens von Leben in den Entwicklungs- wie in den entwickelten Ländern verständlich zu machen.

Entwicklungspolitische Fortschreibung von „*Humanae vitae*“

Man wird aber dem Thema Geburtenregelung auch nicht besser gerecht, wenn man es parallel zu den laufenden Vorwürfen aus der Dritten Welt auf die Perspektive reduziert: restriktive Bevölkerungspolitik als Ersatz für die von den Industrieländern den Entwicklungsländern vor-

enthaltene Hilfe bzw. als Ersatz für einen notwendigen, aber schwer zu bewerkstellenden Umverteilungsprozeß. Damit würde das Thema Geburtenregelung Teil eines Entwicklungskonzepts, das übersieht, daß der wirtschaftliche Aufstieg nicht nur verhindert wird durch das Übergewicht der Industrieländer und die Verfälschung der Märkte und nicht wenigstens ebenso sehr durch fehlende oder politisch und wirtschaftlich fehlgesteuerte Selbsthilfe in den Entwicklungsländern selbst. Ein solches entwicklungspolitisches Konzept mit der totalen Ausklammerung der Bevölkerungsfrage brächte der Mehrzahl der Entwicklungsländer mittel- und langfristig ebensowenig Nutzen wie das Vertrauen in europäische oder amerikanische Nahrungsmittelhilfe. Die dahinterstehende Haltung kann zwar im Augenblick der Zustimmung in den meisten Entwicklungsländern gewiß sein. Man kann aber fragen, ob sie zu verantworten ist. Denn daß eine die Individualrechte nicht verletzende Familienplanung ein notwendiger Entwicklungsfaktor ist, der nicht eliminiert

werden darf, dürfte kaum umstritten sein. Wo also durch solche Programme mittel- und langfristig konkrete Not abgebaut werden kann, hätte die Kirche nicht nur die Aufgabe, an der nötigen Beratung, soweit sie kann, mitzuwirken, sondern für verantwortliches Verhalten in Fragen menschlicher Fortpflanzung aus ihrem Verständnis von Menschenwürde heraus zu werben bzw. solches verantwortliches Verhalten auch zu verkünden. Daß in unseren Breiten diese Verkündigung eine andere Richtung haben und der Kinderverdrießlichkeit entgegenwirken muß, ist selbstverständlich. Den Ländern, wo wirtschaftliche Depression und Überbevölkerung zugleich herrscht, erwiese man aber einen Dienst, wollte man ihre psychologisch verständliche Argumentation gegen die Industrieländer übernehmen. Eine solche entwicklungspolitische Fortschreibung von „*Humanae vitae*“ scheint aber im Raum zu stehen. Es wird Zeit, daß wir uns über ihre Folgen für die Kirche wie für die Entwicklungsländer klar werden.

D. A. Seeber

Kirchliche Vorgänge

Ostpolitische Verwicklungen des Vatikans

Von den ständig wiederkehrenden Berichten und Gerüchten über ostpolitische Entwicklungen des Vatikans machten in den letzten Wochen neben den Erinnerungen des Kardinals Mindszenty (vgl. ds. Heft, S. 645) vor allem zwei mit der DDR bzw. mit West-Berlin zusammenhängende Vorgänge Schlagzeilen. Beim ersten handelte es sich um die Plazierung des in Ost-Berlin residierenden Bischofs von Berlin, Kardinal *Alfred Bengsch*, auf der Mitgliederliste der römischen Bischofssynode. Der zweite Fall betraf den ursprünglich für Ende Oktober geplanten Vatikanbesuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, *Klaus Schütz*, dessen Nichtzustandekommen zwar mit Termingründen erklärt wurde, der aber wegen Uneinigkeit über die Teilnahme des deutschen Botschafters beim Vatikan an der für Schütz vorgesehenen Privataudienz von Schütz

abgesagt wurde. Daneben sind einige andere bemerkenswerte Elemente zu registrieren. An erster Stelle Berichte in deutschen Zeitungen über Bewegungs- und Kontaktbehinderungen osteuropäischer Bischöfe durch politische Aufpasser aus ihren Ländern während der Bischofssynode und die (öffentlich weniger registrierte) auffallende Zurückhaltung über die Situation der Teilkirchen in den kommunistisch regierten Ländern in den offiziellen Synodendokumenten und den darauf bezogenen Papstansprachen. Dann aber auch erster erkennbarer Versuch von deutscher kirchlicher Seite, Konzeption, Grundnotwendigkeiten und Grundtendenzen des Verhaltens des Vatikans gegenüber kommunistischen Regierungen dem mit Argusaugen über alle Bewegungen vatikanischer Ostpolitik wachenden bundesdeutschen Publikum verständlich zu machen. Schließlich

erste Anzeichen von römischer Seite, bei Gesprächen und Verhandlungen mit kommunistischen Regierungen eine bessere und vollständigere Information und eine direktere Präsenz der betroffenen Episkopate (wie im Falle der im Juli vereinbarten und Anfang November in Rom aufgenommenen „Arbeitskontakte“ mit der polnischen Regierung) sicherzustellen.

Berlin übersehen?

Man mag sich darüber wundern, daß die beiden ersten Vorgänge im kirchlichen wie im politischen Bereich so hohe Wellen geschlagen haben. Denn vordergründig ließ sich alles mit protokollarischen Gesichtspunkten erklären. Aber abgesehen davon, daß in exponierten politischen Lagen auch Protokollfragen zu hochnotpeinlichen öffentlichen Reaktionen führen können, zumal wenn wie im Falle der DDR und West-Berlins nationale, völkerrechtliche und kirchenpolitische Ge-